

Bhutan im Überblick

zusammengestellt von Anja Döscher

Suizidrate steigt drastisch an

Von dem Anstieg der Suizidrate ist vor allem die Altersgruppe zwischen 18 und 25 Jahren betroffen. Zwar versuchen mehr weibliche als männliche Personen Suizid zu begehen, jedoch wird der Freitod häufiger von Männern auch tatsächlich vollzogen. Die Gründe sind unklar. Am wahrscheinlichsten ist, dass die Personen unter einer Depression leiden oder ihre Lebenssituation nicht mehr bewältigen können. Nun wird versucht, die Eltern in Hinblick auf präventive Maßnahmen zu schulen. Sie sollen mehr mit ihren Kindern kommunizieren und dabei auf psychische Probleme achten.

Frühwarnsystem für Umweltkatastrophen

Bhutan ist getroffen von der globalen Erwärmung und hat mit schmelzenden Gletschern zu tun, die für Überflutungen sorgen. Ebenso geht Gefahr von Zyklonen aus. Die *Japan International Cooperation Agency* untersuchte aus diesem Grund mit Hilfe der *Japan Science and Technology Agency* die Überflutungen durch Gletscherschmelze von 2009 bis 2012. Um Umweltkatastrophen einzudämmen, wurde das *National Weather and Flood Forecasting and Warning Center* errichtet. Dieses hat unter anderem die Aufgabe, Bhutan an das *Global Telecommunications System (GTS)* anzuschließen, um Wettervorhersagen und Wetterwarnungen herausgeben zu können. Bislang hatte Bhutan nicht die nötige Ausrüstung, um am GTS teilzunehmen.

Einblick in indische Medien

Bhutanische Medienvertreter, Journalisten und Radiomoderatoren, waren im November zu Gast in Indien, um sich über die indische Medienlandschaft zu informieren. Neben dem fachlichen Interesse stand auch die Vertiefung der bhutanisch-indischen Beziehungen im Vordergrund. Organisiert wurde der Ausflug von der *Bhutan Media Foundation*.

Tierschutz wird gefördert

Um die beiden gefährdeten Tierarten, Tiger und Schneeleopard, zu schützen, werden Wilderern in Zukunft strenge Strafen auferlegt. Selbiges gilt für jeden, der auch nur versucht, eines dieser Tiere zu verletzen oder zu fangen sowie für jeden, der mit Körperteilen oder Produkten dieser gefährdeten Tierarten festge-

nommen wird. Neben hohen Geldstrafen, beispielsweise von über eine Million Bhutanischen Ngultrum (umgerechnet etwa 11.800 Euro) für das Wildern eines Tieres, kann auch eine Gefängnisstrafe verhängt werden.

Krankenhaus in Thimphu mit hohen Geburtenraten überfordert

Das Krankenhaus in der Hauptstadt beklagt einen kaum zu bewältigenden Anstieg der zu betreuenden Geburten von 2000 bis 2013. Mit über 4000 Geburten jährlich ist das Krankenhaus extrem überlastet. Der Anstieg ist unter anderem ein Resultat der – eigentlich sehr sinnvollen – Kampagnen, die werdende Mütter dazu animieren sollen, in medizinischen Einrichtungen ihre Kinder zu gebären. In vielen Teilen Bhutans fehlt allerdings die medizinische Infrastruktur, so dass die Frauen nach Thimphu kommen müssen. So gibt es nur sechs intakte gynäkologische Notfallzentren, für weitere Zentren fehlt ausgebildetes medizinisches Personal. Ohne solche Zentren sowie geschultes Personal, das Hausgeburten betreuen kann, ist die Gesundheit der Frauen während und kurz nach der Geburt stark gefährdet. Diesen Missstand bis 2015 zu beheben und alle Geburten professionell betreuen zu lassen, ist Ziel der bhutanischen Regierung.

Tollwut auf dem Vormarsch

In Dewathang ist es vermehrt zu Bissen von tollwütigen Hunden gekommen. Daraufhin wurde eine große Impfkaktion gestartet, um gefährdete Tiere und Menschen zu schützen. Zudem wurde eine Station für Hunde eingerichtet, da es sehr wahrscheinlich ist, dass bereits weitere Tiere infiziert wurden. Problematisch ist die Versorgung mit *post-exposure*-Impfstoffen, um den Bissopfern zu helfen. Der Vorrat an Medikamenten geht zur Neige, und es wurden bereits andere Krankenhäuser vom Militärkrankenhaus in Dewanhang gebeten, Impfstoffe zu schicken. Weiterhin wurde die Bevölkerung Dewathangs auf die Gefahr hingewiesen.

Wirtschaft soll boomen

Insgesamt fünf Milliarden Bhutanische Ngultrum (umgerechnet etwa 59 Millionen Euro) hält der Staat für den Wirtschaftssektor bereit. Davon soll unter anderem das *Business Opportunity and Information Centre*

(BOIC) gegründet werden. Ziel ist es, den privaten Wirtschaftssektor zu fördern, indem die Unternehmensgründungen erleichtert werden und die Unternehmer/-innen dabei unterstützt werden, nachhaltig und mit sozialer Verantwortung zu agieren. Die Regierung sieht den privaten Wirtschaftssektor inzwischen als entscheidendes Moment für das Wirtschaftswachstum an. Als Anreiz werden ab 2014 von der Regierung Preise für besonders engagierte Unternehmer/-innen verliehen.

Internationales Rotes Kreuz in Bhutan

Im November empfing der Premierminister Bhutans Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes. Dieses ist seit 1992 in Bhutan aktiv und gibt Hilfestellung in allen Fragen zu Gesundheit und Krisenmanagement. Zuvor traf sich Tobgay Tshering auch mit Vertretern der JICA (*Japan International Cooperation Agency*), um über das JOVC (*Japan Overseas Volunteer Committee*) zu sprechen, das Freiwillige nach Bhutan entsendet.

Lohnerhöhungen

Im Öffentlichen Dienst sollen die Löhne um 21 Prozent angehoben werden, um die Inflationsrate auszugleichen. 2011 wurden die Löhne das letzte Mal angeglichen. Von 2011 bis 2013 hatte Bhutan mit einer Inflationsrate von etwa 9,5 Prozent zu kämpfen, wohingegen die Löhne im öffentlichen Dienst nur um zwei Prozent jährlich angehoben wurden.

Preisanstieg

Bis auf die Bereiche Gesundheit, Kommunikation und Bildung gab es hohe Preissteigerungen für sämtliche Güter und Dienstleistungen. Den höchsten Anstieg hatten Betelnüsse und Betelblätter zu verzeichnen. So stieg der Preis dafür innerhalb eines Monats, von August bis September, um 20 Prozent an. Davon waren auch Lebensmittel wie beispielsweise Brot und Fisch sowie alkoholische Getränke betroffen. Ebenfalls mehr mussten Personen zahlen, die Möbel und Kleidung kaufen oder ein Hotelzimmer mieten wollten.

Reform von Landbesitzrechten

Da die Gerichte häufig wegen Streitigkeiten um Landbesitzrechte frequentiert werden, soll nun eine andere Regelung her. Diese soll vermeiden, dass Landbesitz vielfach verpfändet und verkauft werden kann. Zuvor war es möglich, dass den Landbesitzern auf Wunsch beliebig oft eine Besitzurkunde ausgestellt wurde.

Dies soll sich nun ändern. Die alten Urkunden werden eingesammelt und durch neue ersetzt. Im Falle des Verlusts einer Urkunde wird die Öffentlichkeit befragt, wem das Land gehört. Stirbt ein Landbesitzer vor der Ausstellung einer neuen Urkunde, so kann seine Familie innerhalb eines Jahres ihre Besitzansprüche kundtun. Wer ein solches Dokument erhält, hat Steuern abzuführen. Tut er dies drei Jahre lang nicht, geht das Grundstück in den Besitz der Regierung über. Um Streitfälle zu vermeiden, soll öffentlicher Besitz dokumentiert werden, zum Beispiel Grundstücke mit Wasserquellen.

Gewalt an Frauen nimmt nicht ab

Eine Studie der *National Commission for Women and Children* hat ergeben, dass etwa ein Drittel aller Frauen, die sich jemals in einer Partnerschaft befanden, Erfahrungen mit häuslicher Gewalt gemacht haben. Diese wurde auf emotionaler und physischer Ebene ausgeübt. Auf dem Land ist die Zahl höher als in der Stadt. Neben Gewaltausübung durch den Partner kommt es häufig auch zu physischer Gewalt von Seiten des Vaters oder zu sexueller Belästigung durch einen Lehrer.

Klassenräume mit gemischten Altersgruppen

Um landesweit Bildung zu gewährleisten, werden bis 2015 682 Lehrer ausgebildet, die sich darauf verstehen, gleichzeitig Schüler aus unterschiedlichen Klassenstufen zu unterrichten. Das Bildungsministerium will so das internationale Ziel *education for all* erfüllen. Die Zahl der Unterrichtsgruppen aus mehreren Klassenstufen hat sich zwischen 2007 und 2012 verdoppelt.

Bhutan mit drittgrößtem Wirtschaftswachstum innerhalb der SAARC

Im Jahr 2012 hatte Bhutan ein Wirtschaftswachstum von 4,6 Prozent zu verzeichnen. Dies übersteigt den weltweiten Wachstumsdurchschnitt und räumt dem Land Platz Drei unter allen acht SAARC-Staaten (*South Asian Association for Regional Cooperation*) ein. Dennoch ist dieses Wachstum niedriger als in den fünf Jahren zuvor. Unter anderem haben die hohen Inflationsraten das Wachstum negativ beeinflusst. In den kommenden Finanzjahren wird allerdings wieder ein höheres Wirtschaftswachstum erwartet. Der elfte Fünfjahresplan sieht ein Wachstum von zehn Prozent vor. Der Finanzminister gibt an, dass die Inbetriebnahme mehrerer Wasserkraftwerke maßgeblich dazu beitragen wird, das Ziel zu erreichen.